

Straße um Straße: Systematische Dehumanisierung in Europa

Gastkommentar von Adama Dieng, Sonderberater der Vereinten Nationen für die Prävention von Völkermord

Europa steht vor der Herausforderung, eine harmonische Koexistenz unter seinen Bürgern und jenen, die über die Grenzen kommen, um Schutz auf dem Kontinent zu suchen, zu fördern und zu erhalten. Migranten und Flüchtlinge stellen weiterhin die Fähigkeit der europäischen Länder, grundlegende Rechte und Freiheiten für alle aufrechtzuerhalten, auf die Probe.

Dennoch sind Berichte von physischen und verbalen Übergriffen auf Migranten und Flüchtlinge in den Straßen von Palermo bis Budapest keine Einzelfälle mehr. Diese Gruppen von Menschen erleiden weiter Demütigungen und Entmenschlichung.

Die Dämonisierung von Migranten durch Politiker, und einigen Teilen der Bevölkerung, hat weder breite Empörung noch Verurteilung ausgelöst.

Stattdessen scheinen Politiker solche Angriffe mit Scheinheiligkeit und hasserfüllter Rhetorik noch zu verschlimmern. In ganz Europa legitimiert ein ultranationales Wiederaufleben Hass, Rassismus und Gewalt.

Während Extremisten eine hetzerische Sprache unter dem Deckmantel des Populismus im Mainstream-Politdiskurs verbreiten, steigen Hassverbrechen und Hassiraden stetig an. Hass-motivierte Verbrechen sind eines der klarsten Frühwarnzeichen für schwere Verbrechen. Sie dürfen daher nicht hingenommen werden.

Die Dehumanisierung von Migranten und Flüchtlingen, die wir in ganz Europa sehen, nimmt die Menschlichkeit, die den Schutz ihrer Rechte rechtfertigt. Ultranationalistische Staatschefs legitimieren die Gewalt ihrer Unterstützer, indem sie Migranten als Bedrohung für ihre Kultur und Identität darstellen.

Was als rationale souveräne Politik dargestellt wird – konzentriert auf den Schutz der 'Grenzen' – tarnt absichtlich ihre rassistische und nationalistische Konnotation. Diese Führungspersönlichkeiten leugnen das Problem: ihr Rassismus sei eine 'Erfindung' von Kritikern. In Wirklichkeit sind diese Übergriffe eine Manifestation rassistischer Gewalt.

Die Anti-Immigrationsstrategie der neuen italienischen Regierung wurde mit einem signifikanten Anstieg der Gewalt gegen Migranten in Verbindung gebracht, einschließlich Schießereien, Angriffe auf Minderjährige und Morde.

Nach einem Aufruf zu einer Zählung der Roma in Italien gruben Zeitungen Filmmaterial eines führenden Regierungsbeamten wieder aus, der eine 'Massensäuberung' von Migranten forderte, Straße für Straße, wenn notwendig mit Gewalt.

In Deutschland jagten im August Neonazi-Gangs Migranten während einer Demonstration in Chemnitz. Der Co-Leiter einer prominenten rechtsextremen Partei rechtfertigte diese Angriffe mit dem Argument, "wenn so ein Mord passiert, ist es normal, dass Menschen ausrasten".

Der Entscheidung des früheren britischen Außenministers, Burka tragende Frauen mit Briefkästen zu vergleichen, folgte ein dokumentierter Anstieg an Hassdelikten gegen muslimische Frauen. Die Täter verwiesen auf seine Worte.

Der ungarische Premierminister ist ebenfalls bekannt dafür, dass er ethnischen und Rassenhass begünstigt. Der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen forderte Ungarn kürzlich auf, bei Hassreden von Politikern gegen Minderheiten, einschließlich der Roma und Muslime, hart durchzugreifen.

Die Entscheidung des EU-Parlaments, aufgrund von Verstößen gegen verschiedene zentrale EU-Werte das Sanktionsverfahren gemäß Artikel 7 gegen Ungarn einzuleiten, ist ein positiver Schritt. Dies geschieht erst zum zweiten Mal in der Geschichte; das erste Mal war es gegen Polen Anfang des Jahres.

Ultranationalistische Führungspersonen fördern eine sogenannte 'illiberale Demokratie', auf vermeintlich 'christlichen Werte' aufbauend. Keine Religion rechtfertigt jedoch politische Intoleranz gegenüber Minderheiten. Religionsoberhäupter sollten ihren Einfluss nutzen, um eine Anstiftung zu Diskriminierung und Gewalt zu verhindern, wie es der von meinem Büro ausgearbeitete Aktionsplan für Religionsoberhäupter und -akteure zur Verhinderung der Anstiftung zu Gewalt, die zu gewaltsamen Verbrechen führen könnte, vorsieht.

Ultranationalistische Führungspersonen in Europa haben in ihren Anti-Migrations-Agenden schwere Verleumdungskampagnen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen geführt. Staatliche Verpflichtungen gemäß des internationalen Flüchtlingsrechts werden abgelehnt. Die Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit durch verfassungsrechtliche Reformen und die Versuche, die Unabhängigkeit der Justiz zu unterdrücken, sind äußerst beunruhigend.

Diese Ereignisse zeigen eine weitergehende politische Ambition, Europa in die rechtsextreme Ecke zu ziehen. Das offenkundige Abzielen auf Migranten, gepaart mit Bemühungen zur Schwächung der Menschenrechte und der demokratischen Strukturen ermöglicht Autoritarismus.

Wenn der Staat aktiv Minderheiten diskriminiert, befürwortet er, diese als Bürger zweiter Klasse zu behandeln. Dies fördert die Überlegenheit einer Gruppe und priorisiert ihre Rechte und Interessen auf Kosten der anderen.

Wir brauchen eine mutige Führung, um dieses Narrativ zu verändern, das die Schuld der Migranten kollektiviert, während man sie als eine nationale Sicherheitsbedrohung darstellt. Dies schafft ein Klima, in dem es gerechtfertigt ist, Gewaltakte gegen Migranten als 'Selbstverteidigung' zu begehen.

Europäische Staaten haben die Verpflichtung, ihre Bevölkerung – auch die Zugewanderten – vor Gewaltverbrechen zu schützen, und diese Verpflichtung bringt auch die Verhinderung der Anstiftung zu solchen Verbrechen mit sich.

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte kann eine wichtige Rolle bei der Verbesserung des Monitorings von Hassverbrechen spielen. Genaue und zeitnahe Daten über Trends von Hassdelikten sollten zu angemessenen Schutzmaßnahmen führen.

Es ist wichtig, dem Narrativ, dass Migranten für die internen Probleme eines Landes verantwortlich sind, entgegenzuwirken. Um die Auswirkungen von Hassreden und Hassdelikten umfassend zu bekämpfen, müssen die europäischen Demokratien die grundlegenden Ursachen anpacken: Rassismus und Diskriminierung.

Um zu verhindern, dass weitere unschuldige Menschen Schaden nehmen, brauchen wir ein widerstandsfähiges Europa, das seine Zivilgesellschaft und die Rechtsstaatlichkeit verteidigt und sich für die Universalität der Menschenrechte einsetzt.

Dieser Artikel wurde in Die Presse am 18. Oktober 2018 veröffentlicht.